

Rückkehr des Staatskanzlers Dr. Renner nach Saint-Germain.

Vorbereitung der Gegenvorschläge.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Saint-Germain, 7. Juni.

Staatskanzler Dr. Renner ist in Begleitung des Sektionschefs Schüller und des Delegierten Dr. Paul Sternbach heute vormittag nach Saint-Germain zurückgekehrt. Während seiner Abwesenheit sind keinerlei wie immer geartete Verfügungen getroffen oder eingeleitet worden. Die einzelnen Referenten haben bisher lediglich den Friedensvertrag durchstudiert und die Wünsche der Ländervertreter entgegengenommen. Das Schwergewicht der vorbereitenden Beratungen lag in dieser Zeit nicht in Saint-Germain, sondern in Feldkirch, beziehungsweise Innsbruck.

In den nächsten Tagen erwartet man hier den Kanzler die schwierige zusammenfassende Arbeit. Es ist wahrscheinlich, daß zuerst eine Generalnote überreicht werden wird, in die alle Einzelentwürfe nach ihrer Durchsicht und Genehmigung durch den Kanzler in einer Art Uebersicht Aufnahme finden. Dann erst werden, den jeweiligen Bedürfnissen der Verhandlung folgend, detaillierte Separatnoten überreicht werden, die sich mit den Bestimmungen über einzelne Länder und einzelne Fragen befassen. Auch das Material für diese Separatnoten wird schon eifrig vorbereitet und harrt der Durchsicht des Staatskanzlers. Da von den Tschechen und Südslawen unaufhörlich neue Anträge dem Räte der Vier vorgelegt werden, müssen diese, obwohl sie vorläufig nur auf dem Wege der Zeitungen zur Kenntnis der Delegation gelangt sind, doch auch in die zu überreichende Antwort mit einbezogen werden. Es soll dies in Form von Anhängen und Zusatznoten geschehen.

Ein besonderes Augenmerk wird auch dem Schutze der Minoritäten zugewendet. Dieser durch den Völkerbund zu überwachende Schutz ist bekanntlich Deutschösterreich auferlegt worden, während die Delegierten der Nationalstaaten sogar mit dem Austritt aus dem Völkerbund drohten, wenn ihre Länder unter die Aufsicht des Völkerbundes gestellt würden. Auch hierüber wird ausführlich gesprochen werden. Auch die wirtschaftlichen Bedingungen sind bisher in Abwesenheit des leitenden Sektionschefs Schüller nur einem vorbereitenden eingehenden Studium unterzogen worden. Die eigentlichen Beratungen werden erst jetzt unter dem Vorsitze des Sektionschefs Schüller beginnen. Hier wird, abgesehen von der praktischen Undurchführbarkeit jeder einzelnen Verfügung, der Umstand als störend empfunden, daß nur die privat-

wirtschaftlichen Beziehungen bisher überhaupt in dem Vertragsentwurf Aufnahme fanden und daß alle staatsfinanziellen Verfügungen der Entente noch vollkommen unbekannt sind. All dies bildet aber eine Einheit. Es ist kaum möglich, die privatrechtlichen Beziehungen zu den Nationalstaaten zu regeln, solange man nicht weiß, welchen Teil der Lasten der alten Monarchie die Nationalstaaten tragen werden.

Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die Noten in dem maßvollen, doch festen Ton abgefaßt sein werden, der bisher alle Enunziationen des Staatskanzlers an die Entente auszeichnete. Als Grundlage aller territorialen Gegenvorschläge wird immer die Volksabstimmung angerufen werden.

Dr. Renner über die Unmöglichkeit der Vertragsunterzeichnung.

Ankündigung der Gegenvorschläge vor Ablauf der zwenwöchigen Frist.

Telegramm unseres Berliner Korrespondenten.

Berlins, 7. Juni.

Das Pariser Mittagblatt „Information“ veröffentlicht ein Interview mit Staatskanzler Dr. Renner, der heute nach Paris zurückgekehrt ist. Renner erklärte:

...während seiner Abwesenheit sind keinerlei wie immer geartete Verfügungen getroffen oder eingeleitet worden. Die einzelnen Referenten haben bisher lediglich den Friedensvertrag durchstudiert und die Wünsche der Ländervertreter entgegengenommen. Das Schwergewicht der vorbereitenden Beratungen lag in dieser Zeit nicht in Saint-Germain, sondern in Feldkirch, beziehungsweise Innsbruck.

In den nächsten Tagen erwartet man hier den Kanzler die schwierige zusammenfassende Arbeit. Es ist wahrscheinlich, daß zuerst eine Generalnote überreicht werden wird, in die alle Einzelentwürfe nach ihrer Durchsicht und Genehmigung durch den Kanzler in einer Art Uebersicht Aufnahme finden.

Die Lebensmittelkredite der Entente für Deutschösterreich.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Saint-Germain, 7. Juni.

Ueber den Stand der Lebensmittelversorgung für Deutschösterreich wird folgendes bekannt: Der Kredit, den der Handelsminister Clementel und der Minister des Äußern Richon vom Budgetausschuß verlangt hatten, war bekanntlich zu neuerlichem Studium zurückgestellt worden. Nun haben die beiden Minister ihren abgeänderten Vorschlag neuerlich vor den Ausschuß gebracht, und zwar lautet dieser Vorschlag dahin, der Kammer einen Gesetzesentwurf zu unterbreiten, der sich mit der gesamten Lebensmittelversorgung Europas durch die Alliierten befaßt. Handelsminister Clementel teilte überdies mit, daß Deutschösterreich sich bereit erklärt habe, zur Bedeckung des französischen 75-Millionen-Kredits unbewegliche Güter der Stadt Wien, verschiedene Salinen, dann Wälder, Gold und Papiere als Pfand zu stellen. Der Ausschuß hat diese Regierungserklärung einfach zur Kenntnis genommen und ist zur Tagesordnung übergegangen.

Die Lebensmittelkredite der Entente für Deutschösterreich.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Saint-Germain, 7. Juni.

Ueber den Stand der Lebensmittelversorgung für Deutschösterreich wird folgendes bekannt: Der Kredit, den der Handelsminister Clementel und der Minister des Äußern Richon vom Budgetausschuß verlangt hatten, war bekanntlich zu neuerlichem Studium zurückgestellt worden. Nun haben die beiden Minister ihren abgeänderten Vorschlag neuerlich vor den Ausschuß gebracht, und zwar lautet dieser Vorschlag dahin, der Kammer einen Gesetzesentwurf zu unterbreiten, der sich mit der gesamten Lebensmittelversorgung Europas durch die Alliierten befaßt. Handelsminister Clementel teilte überdies mit, daß Deutschösterreich sich bereit erklärt habe, zur Bedeckung des französischen 75-Millionen-Kredits unbewegliche Güter der Stadt Wien, verschiedene Salinen, dann Wälder, Gold und Papiere als Pfand zu stellen. Der Ausschuß hat diese Regierungserklärung einfach zur Kenntnis genommen und ist zur Tagesordnung übergegangen.

Tendenziöse Prager Berichte über die Aufnahme des Friedensvertrages in Wien.

Telegramm unseres Berliner Korrespondenten.

Berlins, 7. Juni.

Pariser Blätter veröffentlichten Telegramme aus Prag, in welchen gesagt wird, daß die Empörung gegen den Friedensvertrag in Wien durch die Wiener Regierung künstlich hervorgerufen worden sei und daß das österreichische Volk nach nichts anderem verlange, als nach Ruhe und ausreichender Ernährung, und daß hier in Wirklichkeit die Unterzeichnung des Friedensvertrages gleichgültig sein würde. (Die Berichte aus Prag sind falsch. In Wien ist nach den Mitteilungen über die Friedensbedingungen, namentlich über die Verluste deutscher Städte und über die wirtschaftlichen Gefahren, eine ernste und tiefe Besorgnis über die Folgen im ganzen Volke. Ann. d. Red.)